

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

9. – 15. März 2024

## FOKUS EUROPAWAHLEN

Mit einer Wahlkundgebung in der nordfranzösischen Stadt Lille startete die Präsidentenpartei Renaissance ihren Wahlkampf am 9. März 2024. Bei der Veranstaltung stand der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die prorussische Linie der rechtspopulistischen Partei Rassemblement National im Fokus der Debatten. Premierminister Gabriel Attal bezeichnete die Partei Rassemblement National als Auslandspartei, die von Russland beeinflusst wird. Spitzenkandidatin Valérie Hayer wurde für ihren historischen Vergleich mit dem nationalsozialistischen Deutschland von zahlreichen Historikern in Frankreich scharf kritisiert: „Gestern Daladier und Chamberlain, heute Le Pen und Orban. Die gleichen Worte, die gleichen Argumente, die gleichen Debatten. Wir sind in München im Jahr 1938 (...) Es ist eine Minute vor zwölf“.

Mit 31 % der Wahlabsichten liegt die rechtspopulistische Partei Rassemblement National weiterhin an der Spitze der Umfragen und hat in den letzten drei Monaten sogar noch um 3 Prozentpunkte zugelegt, so eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IPSOS. Ein Drittel dieser Punkte entfällt auf die Wähler der von Marion Maréchal angeführten Liste Reconquête! RN vergrößert den Abstand zum Präsidentenlager weiter und liegt zum ersten Mal 13 Punkte vorn.

Die Spitzenkandidaten der wichtigsten Parteien und ein Vertreter des Rassemblement National – Jordan Bardella weigerte sich, an der Debatte teilzunehmen, die er für verfrüht hielt – debattierten am 14. März, zum ersten Mal im Rahmen der Kampagne für die Europawahlen im Fernsehen. Vier Themen standen auf dem Programm: Landwirtschaft, Einwanderung, der Krieg in der Ukraine und die Unabhängigkeit Europas im Energiebereich, die mit der Kaufkraft der Franzosen einhergeht.

Die KAS Frankreich informiert aktuell über die Europawahlen in Frankreich auf einer Sonderseite ihrer Homepage: [Hier klicken](#)

In einem Interview auf den Fernsehsendern France 2 und TF1 bekräftigte Emmanuel Macron am 14. März die Unterstützung Frankreichs für Kiew und warnte vor den Folgen eines russischen Sieges. Die Entsendung von Truppen sei „nicht [sein] Wunsch“, aber „alle diese Optionen sind möglich“, bekräftigte Emmanuel Macron und betonte, wie wichtig es sei, gegenüber Moskau nicht „schwach“ aufzutreten. Emmanuel Macron stellte den Krieg in der Ukraine als „existenziell für unser Europa und für Frankreich“ dar. „Wenn Russland gewinnt würde sich das Leben der Franzosen ändern“, warnte er, denn „die Sicherheit Europas und der Franzosen steht dort auf dem Spiel“. Während Wladimir Putin erneut die Karte der nuklearen Bedrohung drohte, betonte der französische Präsident, dass die Franzosen sich durch die Tatsache, dass Paris über Atomwaffen verfügt, „besonders geschützt fühlen“ sollten: „Die Atomkraft ist kein Instrument der Destabilisierung oder der Bedrohung, sie ist ein Instrument der Sicherheit“.

Am 12. März fand in der französischen Nationalversammlung eine Abstimmung über das Abkommen zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Ukraine ab, das am 16. Februar von Emmanuel Macron und Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet wurde. Das Abkommen erhielt breite Unterstützung im Parlament. Neben der Regierungspartei Renaissance, stimmten auch die Grünen, die Partei Les Républicains und die Sozialistische Partei dafür. Gegenstimmen gab es aus dem links- und rechtspopulistischen Lager. Die Senatoren stimmten am 13. März mit 293 zu 22 Stimmen für das Abkommen.

Anlässlich der Teilnahme der deutschen Innenministerin Nancy Faeser am Ministerrat in Paris vom 13. März 2024 haben der deutsche und der französische Innenminister ihren Willen bekräftigt, ihre gegenseitige Zusammenarbeit zu verstärken, um die Sicherheit der UEFA EURO 2024 in Deutschland und der Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 in Frankreich zu gewährleisten. U.a. wird Deutschland während der Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 Einsatzkräfte der Bundespolizei für den Schutz des "Deutschen Hauses" und des "Deutschen Sportfests" im Stade Jean Bouin in Paris stellen.

**Bundeskanzler Olaf Scholz, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der polnische Ministerpräsident Donald Tusk treffen sich am 15. März in Berlin.** Die Bundesregierung kündigte das Treffen des Weimarer Dreiecks am 13. März an, bei dem die Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland im Mittelpunkt stehen soll. Zuvor sei ein bilaterales Gespräch zwischen Scholz und Macron geplant, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit. Der Gesetzentwurf über das „Lebensende“, der auch eine streng geregelte "Sterbehilfe" beinhalten wird, soll ab dem 27. Mai in der Nationalversammlung im Plenum diskutiert werden, wie Premierminister Gabriel Attal am 11. März auf X ankündigte. Der Gesetzentwurf, der in den nächsten Tagen dem Staatsrat vorgelegt werden soll, gilt für Personen, die an einer "unheilbaren" Krankheit mit "kurz- oder mittelfristiger Prognose" leiden und "refraktäre" Schmerzen erleiden, die nicht gelindert werden können.

**Mehrere Ministerien und staatliche Einrichtungen in Frankreich waren am 10. und 11. März von einer massiven Cyberattacke betroffen.** Es handele sich um Angriff von "beispielloser Intensität", teilte die Regierung mit. Zu dem Angriff bekannten sich verschiedene Hacker-Gruppen, darunter "Anonymous Sudan", eine Gruppe, die Russland und mehrere islamistische Anliegen unterstützt. Am 13. März gab die französische Arbeitsagentur bekannt, dass Namen, Anschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen und Sozialversicherungsnummern von Personen, die in den letzten 20 Jahren arbeitslos gemeldet waren, in die Hände der Angreifer gelangt sein könnten.

**Bei schweren Unwettern und Überschwemmungen in Südfrankreich sind fünf Menschen ums Leben gekommen.** Im Département Gard und sechs weiteren Départements war am Samstag wegen sehr starker Regenfälle durch den Sturm Monica eine Unwetterwarnung ausgegeben worden. Zu Wochenbeginn waren hunderte Rettungskräfte Unwetter im Einsatz, unterstützt von Hubschraubern, Drohnen und Spürhunden.

## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Die vermeintliche Zusammenarbeit der stellvertretenden Vorsitzenden der Partei Horizons, Naïma Moutchou, mit den Rechtspopulisten des Rassemblement National in der Nationalversammlung sorgt für Unruhe. Die enge Vertraute von Édouard Philippe hat vor einigen Wochen einen parteiübergreifenden Gesetzesvorschlag zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Bevölkerung vor Fluglärm eingereicht. Die Abgeordnete, die alle Abgeordneten zur Mitunterzeichnung eingeladen hatte, hat auch zwei Unterschriften des Rassemblement National erhalten. Das linke Lager zog daraufhin ihre Unterschriften zurück, auch aus der Präsidentenmehrheit gab es kritische Stimmen. „Ich stelle das allgemeine Interesse über alles“, rechtfertigte sich Naïma Moutchou ihrerseits.

## DIE ZAHL DER WOCHE

Nachdem die Regierung im vergangenen Monat die Wachstumsprognose für 2024 um 0,4 Prozentpunkte von 1,4% auf 1% korrigiert hatte, korrigierte auch die Banque de France ihre Schätzung. In ihren am 12. März veröffentlichten „Zwischenprojektionen“ geht die Institution davon aus, dass das BIP in diesem Jahr nur um 0,8 % steigen wird, gegenüber zuvor 0,9 %. Im nächsten Jahr wird sich das Wachstum auf 1,5% und 2026 auf 1,7% beschleunigen, was auf günstigere Annahmen bei den Energiepreisen und den Finanzbedingungen zurückzuführen ist.

3	4	7
0	6	5
2	3	1
8	9	2
4	0	6
7	2	1
5	9	4
1	6	3
9	8	0